

19.08.2008

Antrag

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Einnahmen aus dem Emissionshandel nutzen für Nationale Kraftanstrengung zur Energetischen Gebäudesanierung

I. Kaufkraftverlust durch explodierende Öl- und Gaspreise ...

Es hat in den letzten 4 Jahren erhebliche Preissteigerungen bei Erdöl- und Erdgasimporten gegeben, von denen die letzte und größte Preissteigerung bei den Verbraucherinnen und Verbrauchern erst mit der Heizkostenabrechnung nach dem kommenden Winter ankommen wird.

Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes hat die Bundesrepublik Deutschland für die Einfuhr von Erdöl und Erdgas im Jahr 1999 rd. 18 Mrd. € ausgegeben. Im Jahr 2004 waren es 38 Mrd. €, und bei rückläufigen Importmengen von 2004 bis 2007 (- 6 % beim Erdöl und - 4 % beim Erdgas) liegt die Rechnung für die Importe im Durchschnitt der Jahre 2006 und 2007 bei 62 Mrd. €.

Für die deutsche Importrechnung 2008 mit einem durchschnittlichen Jahrespreis für Rohöl von voraussichtlich 120 \$ in 2008 gegenüber 65 \$ in 2006 und 75 \$ in 2007, lässt das einen weiteren drastischen Kaufkraftabfluss erwarten. Da die Gaspreise in der Praxis, ohne dass der deutsche Gesetzgeber eine Chance hätte, das zu beeinflussen, innerhalb von 3 bis 6 Monaten entsprechend den internationalen Handelsverträgen den Ölpreisen folgen, ist mit einem zusätzlichen Kaufkraftabfluss für Öl- und Gasimporte in einer Größenordnung von bis zu 30 Mrd. € zu rechnen.

II. ... schwächt die Konjunktur und kostet Arbeitsplätze

Die hohen Preise für Wärme und Treibstoff werden zu sozialen Problemen und erheblichen Belastungen für die öffentlichen Haushalte führen. Sie werden auch zu deutlichen Einschränkungen der VerbraucherInnen bei anderen Ausgaben führen. Eine durch die hohen Energiepreise verursachte Kaufzurückhaltung der VerbraucherInnen wird Auswirkungen auf die Konjunktur in NRW und damit auch auf die weitere Entwicklung am Arbeitsmarkt haben. Die hohen Gas- und Ölpreise sind eine der Hauptursachen für die abschwächende Konjunktur.

Datum des Originals: 19.08.2008/Ausgegeben: 19.08.2008

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

In diesem Zusammenhang sei an ein wichtiges Ergebnis der Enquete I des Landtags erinnert: In der Zusammenfassung der wesentlichen Aussagen des Gutachtens zu den Auswirkungen unterschiedlicher Ölpreisszenarien auf die wirtschaftliche Entwicklung in NRW stellt Prof. Meyer von der GWS mbH, Osnabrück, für das maximale Szenario "130 \$ je Barrel real in 2030" fest:

"Bei rückläufigem verfügbarem Einkommen und starkem Anstieg der Ausgaben für Energie ergibt sich ein starker Druck auf alle anderen Konsumverwendungszwecke. Wirkungen in NRW insgesamt ebenso stark wie im Bund. Beschäftigungsrückgang 3,4% (NRW: 297.000, Bund: 1.300.000)."

III. Mehr als 6,8 Mio. Wohnungen in NRW haben energetischen Sanierungsbedarf

Es geht also darum, den ansonsten immer weiter wachsenden Kaufkraftabfluss für Importe von Erdöl und Erdgas zu mindern und drohende Arbeitsplatzverluste durch Beschäftigungszuwachs aufzufangen.

Die privaten Haushalte haben den höchsten Anteil ihres Endenergieverbrauchs mit fast 90 % im Bereich der Wärmebereitstellung, also beim Heizen und bei der Warmwasserversorgung. Zur Reduzierung der Energiekosten, aber auch als entscheidender Beitrag zum Klimaschutz, ist es richtig und notwendig, den Energieverbrauch von privaten Wohnungen deutlich zu reduzieren.

Weit mehr als 80 % der 8,5 Mio. Wohnungen in NRW - also mehr als 6,8 Mio. Wohnungen - sind vor 1985 errichtet worden und müssen ganz oder teilweise energetisch saniert werden. Durch die energetische Gebäudesanierung, die aufgrund des demografischen Wandels vielfach in Kombination mit einem altersgerechten Umbau erfolgt, lassen sich bei Altbauten bis zu 70% der Kosten für Heizung und Warmwasser einsparen.

IV. Landesregierung verfehlt eigene Ziele bei weitem

Die Landesregierung hat angekündigt, jährlich 3 % der sanierungsbedürftigen Gebäude sanieren zu wollen. Das entspricht einer Sanierung von mindestens 195.000 Wohnungen jährlich. Dadurch erhofft sich die Landesregierung mindestens 100.000 zusätzliche Arbeitsplätze in NRW.

Tatsächlich erreicht wurde in NRW in 2006 mit der energetischen Sanierung von 62.000 Wohneinheiten nur eine Quote von weniger als 1 %. In 2007 dürfte die Quote noch einmal deutlich gesunken sein und eher bei 0,5 als bei 1 % liegen.

Unter dem Kampagnen-Titel "Mein Haus spart Energie" hat die Landesregierung zwar einige Informations- und Beratungsangebote zur energetischen Gebäudesanierung geschaffen, doch die Realität zeigt, dass dies bei weitem nicht ausreicht, um das gesetzte Ziel einer Sanierungsquote von mindestens 3 % zu erreichen. Es fehlt an Finanzierungsanreizen für die notwendigen Investitionen.

V. Nationale Kraftanstrengung: Vorbild Wohnungsbaugesetze der Nachkriegszeit

Was wir brauchen, ist eine nationale Kraftanstrengung zur Qualitätsverbesserung des Wohnungsbestandes im Bereich der Gebäudesanierung zur Einsparung von Öl- und Gasimporten.

Wir brauchen diese nationale Kraftanstrengung mit ambitioniertem Ziel analog zu den Wohnungsbaugesetzen der Nachkriegszeit, bei denen mit erheblicher Beteiligung der öffentlichen Hand in Nordrhein-Westfalen etwa 2 Millionen Wohneinheiten in den 50er Jahren geschaffen wurden. Damals wurde diese Anstrengung unternommen, weil die Wohnungswirtschaft alleine nicht in der Lage war, die vom Krieg zerstörten Wohnungen zu ersetzen und darüber hinaus Wohnungseigentum in breiter Hand zu schaffen.

Dieses Ziel wurde nur durch die Bewilligung zinsloser Kredite erreicht, die es dem Staat ermöglichten für breite Bevölkerungsschichten Wohnraum zu schaffen. Mit staatlichen Förderprogrammen wurden zwischen 1950 und 1970 bundesweit mit rd. 170 Mrd. DM ein Viertel aller Investitionen in den Wohnungsbau vom Staat geleistet.

Ein langfristig wirkendes Programm zur Sanierung und Umstrukturierung des Gebäudebestands ist auch aus Arbeitsplatzgründen wichtig für das Baugewerbe, um die aus demographischen Gründen deutlich rückläufige Tätigkeit im Neubau durch eine langfristige und stetige Auftragslage in der energetischen und funktionalen Gebäudesanierung auszugleichen. Statt Kaufkraftabfluss für Öl- und Gasimporte und infolgedessen Arbeitslosigkeit, können dauerhafte Arbeitsplätze für die heimische Bauindustrie und die Zuliefergewerke geschaffen werden.

VI. Landesregierung will Stromkonzernen Milliarden schenken

Die Finanzierung der dazu notwendigen Investitionsprogramme kann über den Emissionshandel für die Stromindustrie erfolgen.

In Deutschland gibt es 1.850 Anlagen, die vom Emissionshandel erfasst werden. Diese Anlagen emittieren 495 Mio. Tonnen CO₂ jährlich. Davon stehen 441 Anlagen in NRW, die 218 Mio. Tonnen CO₂ emittieren. Das heißt, 44% der vom Emissionshandel erfassten Emissionen entstehen in NRW, davon wiederum 177 Mio. Tonnen davon (= 81 %) in Kraftwerken.

In der laufenden Handelsperiode 2008 - 2013 werden etwa 90 % der Emissionsrechte kostenlos verteilt. Die Stromerzeugerpreise diese für sie kostenlosen Emissionsrechte trotzdem in die Stromrechnungen ein, d. h. die VerbraucherInnen zahlen schon heute über den Strompreis für die Emissionsrechte. Wie wertvoll diese Emissionsrechte tatsächlich sind, zeigen die Einnahmen des Bundes für die 10 % der Rechte, die bereits versteigert wurden: Bis Mitte des Jahres nahm der Bund hierfür über 500 Mio. € ein; für das gesamte Jahr 2008 ist eine Einnahme von 1 Mrd. € zu erwarten.

In der zweiten Jahreshälfte 2008 stehen in Brüssel und Berlin Grundsatzentscheidungen über die Ausgestaltung der Emissionshandelsperiode ab 2013 an. Vor allem geht es darum, den Energieversorgern die Emissionsrechte nicht wieder kostenlos zuzuteilen, wie dies die NRW-Landesregierung unverständlicherweise wünscht. Das würde ausschließlich den Interessen der Stromkonzerne dienen. Die EU-Kommission und die Bundesregierung streben demgegenüber eine weitgehend vollständige Versteigerung der Emissionsrechte an.

VII. 4 - 5 Mrd. € aus dem Emissionshandel müssen nach NRW zurückfließen

Da 44 % der vom Emissionshandel erfassten Emissionen in NRW entstehen, werden auch von den in Zukunft zu erwartenden Einnahmen des Bundes in Höhe von 10 Mrd. € jährlich 4 bis 5 Mrd. € aus NRW kommen. Wenn die Landesregierung sich nicht aktiv auf Bundesebene für eine Verwendung dieser Mittel in NRW engagiert, steht zu befürchten, dass nur ein sehr viel geringerer Teil dieser Mittel wieder nach NRW zurückfließen wird.

Die Studie "NRW Klima 2020" der Firma EUtech GmbH beziffert den Investitionsbedarf zur Erreichung einer Gebäudesanierungsquote von 3 % in NRW auf 3 Mrd. € jährlich, die größtenteils privat getragen werden, aber staatlicher Anreize bedürfen. Weitere unbestritten notwendige Klimaschutz- und Energieeffizienzinvestitionen wie z. B. der Austausch von Nachtspeicherheizungen (Investitionsbedarf in NRW in Höhe von 240 Mio. € jährlich) und der Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung (Investitionsbedarf in NRW in Höhe von 460 Mio. € jährlich) werden ohne staatliche Förderung ebenfalls ausbleiben.

Die Landesregierung hat sich ambitionierte Klimaschutzziele gesteckt. Wie sie aber deren Umsetzung finanzieren will, ist völlig ungeklärt. Angesichts der Situation des Landeshaushaltes, gibt es absehbar keine andere Finanzierungsquelle zur Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen - insbesondere der energetischen Gebäudesanierung - als die Inanspruchnahme der Einnahmen aus einer vollständigen Versteigerung der Emissionsrechte.

VIII. Beschluss

Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

1. ihre bisherige Forderung nach einer weiterhin kostenlosen Zuteilung von Emissionsrechten an die Energieerzeuger aufzugeben und sich stattdessen für eine vollständige Versteigerung der Rechte einzusetzen.
2. bei der Bundesregierung darauf hinzuwirken, dass die in NRW angefallenen Einnahmen des Bundes aus dem Emissionshandel weitestgehend nach NRW zurückfließen, mit der Priorität in Form einer "nationalen Kraftanstrengung zur energetischen Gebäudesanierung".

Sylvia Löhrmann
Johannes Rimmel
Reiner Priggen
Horst Becker

und Fraktion